

WM-Gastgeber: Amnesty kritisiert Missbrauch von Hausangestellten in Katar

Pause haben sie nur zum Schlafen: Viele weibliche Hausangestellte in Katar werden laut Amnesty International ausgebeutet und misshandelt. Manche dürfen nicht einmal das Haus verlassen.



DPA

Skyline von Doha: Flucht bedeutet Abschiebung

Doha - Das Emirat Katar stand in den vergangenen Monaten regelmäßig in der Kritik. Meist ging es um die miserablen Arbeitsbedingungen auf Baustellen des WM-Gastgeberlandes 2022, zu den schärfsten Kritikern gehörte dabei Amnesty International. Nun lenkt die Menschenrechtsorganisation den Blick auf private Haushalte in Katar: Auch dort werden einem Amnesty-Bericht zufolge Angestellte häufig zu Opfern ihrer Arbeitgeber.

In der Studie mit dem Titel "Mein Schlaf ist meine Pause" ist von massiver Ausbeutung, Zwangsarbeit sowie von körperlicher, zum Teil auch sexueller Gewalt die Rede. Die meist weiblichen Hausangestellten seien "der Willkür ihrer Arbeitgeber ausgeliefert". Für die Studie wurden 52 Frauen interviewt, außerdem Regierungsvertreter und Botschaften der Länder, aus denen die Hausangestellten stammen, sowie Vermittlungsagenturen.

Die Frauen würden mit falschen Angaben über gute Löhne und Arbeitsbedingungen in den Golfstaat gelockt, heißt es in dem Bericht. Dort angekommen, müssten sie aber sieben Tage die Woche mit vielen Überstunden arbeiten. Viele der Befragten berichteten, ihre Arbeitgeber hätten sie geschlagen, an den Haaren gezogen oder sie die Treppe hinuntergestoßen. Einige hätten entgegen den Abmachungen Hundert-Stunden-Wochen ohne einen freien Tag, mindestens drei der befragten Frauen wurden vergewaltigt. Einige Frauen beschrieben, dass sie nicht einmal das Haus verlassen durften.

Laut Amnesty arbeiten in Katar mindestens 84.000 Hausangestellte, die zumeist aus Süd- und Südostasien kommen. Eine Flucht aus dem Haushalt bedeutet für sie in der Regel die Ausweisung. Denn wie in den anderen Golfstaaten gilt in Katar ein "Sponsor"-System. Demnach bürden die Chefs für ihre Angestellten, Arbeitserlaubnis und Aufenthalt sind an den Arbeitgeber gekoppelt.

Eine Anzeige ist riskant

Eine Indonesierin, die in Abschiebehäft saß, zeigte den Menschenrechtlern eine Brandnarbe auf der Brust. Ihre Arbeitgeberin habe sie mit einem Bügeleisen verbrannt, sagte sie. Eine Frau aus den Philippinen erzählte, sie habe sich die Beine gebrochen, als sie auf der Flucht vor einer Vergewaltigung aus dem Fenster gefallen sei. Ihr Chef habe sie trotz ihrer Verletzungen daraufhin sexuell missbraucht und erst danach einen Krankenwagen gerufen. Die Staatsanwaltschaft habe den Fall aber aus Mangel an Beweisen zurückgewiesen.

Amnesty forderte die Regierung in Doha auf, "endlich ihre Versprechungen umzusetzen" und das Arbeitsrecht zu ändern. Zudem müsse der Strafbestand der sogenannten illegalen Beziehungen abgeschafft werden. In Katar riskieren Frauen, die sexuellen Missbrauch anzeigen, dass gegen sie wegen außerehelichen Beziehungen ermittelt wird. Diese werden in Katar in der Regel mit einem Jahr Haft und Abschiebung geahndet.